

MUTIG. EHRLICH. LIBERAL.

Wahlprogramm zur
Kreistagswahl am 25. Mai 2014



Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger des Wartburgkreises!

Wir Freien Demokraten sehen in der kommunalpolitischen Verantwortung das entscheidende Element der politischen Ordnung. Denn nur hier trifft man direkt auf die Bürgerinteressen und nur hier entsteht Heimat – auch durch das, was wir tun. Nur hier vor Ort kann neues Engagement wachsen für eine Gesellschaft, in der es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und sich einzusetzen – nicht nur für sich, sondern auch für andere.

Wir Liberale machen Ihnen daher mit dem vorliegenden Programm ein Angebot, das vor allem auf unseren politischen Erfahrungen hier vor Ort basiert. Unsere Abgeordneten und Kandidaten kommen aus der Region und wissen welche Probleme existieren.

Wir wollen durch Mut zum Fortschritt die Zukunft des Wartburgkreises sichern, Handlungsspielräume erhalten und die Lebensqualität unserer Heimat nachhaltig verbessern. Freiheit, Verantwortung und Fairness sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Die FDP im Wartburgkreis setzt stärker als alle anderen Parteien auf den mündigen Bürger und Eigenverantwortung. Wir stehen als Liberale traditionell für eine transparente Verwaltung, direkte Bürgerbeteiligung und die Wahrung der Bürgerrechte. Unternehmen und Bürger möchten wir von Bürokratie befreien und in der Kreisverwaltung eine Dienstleistungsmentalität etablieren. Diese grundsätzlichen Werte fließen in unsere Vorstellungen von Politik für den Landkreis ein. Denn wir machen Kommunalpolitik mit Leidenschaft.

Der Kreishaushalt geht mittels Kreisumlage stets zu Lasten der Städte und Gemeinden. Um diesen weiterhin Gestaltungsspielräume zu ermöglichen, lehnen wir jede Erhöhung der Kreisumlage ab. Auch der Wartburgkreis muss lernen, mit seinen Mitteln auszukommen und die eigenen Verwaltungsstrukturen effizienter zu gestalten.

Uns erwarten viele Herausforderungen, die wir mit Herzblut und klarem Verstand anpacken müssen. Wir laden Sie dazu ein, gemeinsam mit uns diesen Weg zu gehen.

Robert-Martin Montag
Kreisvorsitzender der FDP-WAK

Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
Inhaltsverzeichnis	2
Bessere Lebensqualität durch nachhaltige Finanzen	3
Soziales - Hilfe zur Selbsthilfe als Grundlage einer fairen Gesellschaft.....	4
Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes	5
Verkehr, Infrastruktur und Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV).....	6
Wohnortnahe Gesundheitsversorgung - Maßnahmen gegen den Ärztemangel.....	7
Bildung und Familie	8
Ehrenamt.....	9
Kultur und Sport - Grundlage geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit.....	10
Bürgerrechte und transparente Verwaltung.....	11
Umwelt, Heimat und Tourismus	12
Causa Eisenach – unbedingte Bürgerbeteiligung.....	13

Bessere Lebensqualität durch nachhaltige Finanzen

Im Bereich Finanzen orientieren wir uns an der thüringischen Hausfrau – wir geben nur das aus, was wir einnehmen. Solide Kreisfinanzen sind der Garant dafür, dass auch in Zukunft noch Handlungsspielräume für die Gestaltung unseres Kreises bestehen und nachfolgende Generationen nicht benachteiligt werden. Verglichen mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten im Freistaat stehen wir im Wartburgkreis gut da. Hinsichtlich der **Transparenz** über die Frage, wofür die Kreisgelder verwendet werden, besteht jedoch noch viel Verbesserungsbedarf. Wir wollen weiterhin sparsam haushalten, denn der Kreishaushalt belastet als Umlagehaushalt direkt die Finanzen der Gemeinden. Gerade angesichts der angespannten Finanzlage der Gemeinden ist es wichtig, dass auch auf Kreisebene der Status quo nicht einfach fortgeschrieben wird. Wir möchten den Gemeinden bessere finanzielle **Handlungsspielräume ermöglichen**. Daher darf es **keine Anhebungen der Kreisumlage** geben. Nur mit klaren Zielvorgaben wird jedoch die von uns geforderte Transparenz, was der Kreis mit welchen finanziellen Mitteln macht, erreicht.

Alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Wartburgkreises müssen auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Die Kreisverwaltung ist nicht der bessere Unternehmer. Alles was nicht zur Daseinsvorsorge zählt und was auch private Unternehmer leisten können, muss nicht in Verantwortung und Besitz der öffentlichen Hand verbleiben. Als FDP möchten wir das Tafelsilber jedoch nicht kurzfristig verschleudern. Einnahmen aus etwaigen Veräußerungen müssen in einen **Zukunftsfonds** fließen, aus dessen Erträgen die Lebensqualität des Wartburgkreises für die Bürger langfristig gesichert und verbessert werden kann. Nur ein solches – von der Tagespolitik unabhängiges Finanzinstrument – verbessert die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Wartburgkreises.

Wir fordern:

- solide Kreisfinanzen und sparsame Haushalte
- Kampf gegen Verschwendung von Steuergeldern
- keine Erhöhung der Kreisumlage – mittelfristig eher eine Senkung
- mehr Gestaltungsspielräume für Städte und Gemeinden
- Transparenz über Verwendung finanzieller Mittel und Beteiligungen
- Bildung eines Zukunftsfonds aus Beteiligungsveräußerungen
- Bürgerhaushalt über die Verwendung der Überschüsse des Zukunftsfonds

Soziales - Hilfe zur Selbsthilfe als Grundlage einer fairen Gesellschaft

Die Sozialpolitik gehört zu den Kernaufgaben des Landkreises. Sie umfasst nicht nur die Auszahlung von Transferleistungen, sondern auch wichtige soziale Dienste, von der Beratung bis hin zur individuellen Förderung. Wir bekennen uns zur Solidarität. Sie ist Grundlage des humanitären Miteinanders und keine Einbahnstraße. Voraussetzung dafür ist eine starke Zivilgesellschaft und nicht zuallererst der Staat.

Bedeutende Leistungen werden von den Mitarbeitern des Landratsamtes und von unseren bewährten Partnern erbracht. Die Aktivitäten auf dem Gebiet der **Jugend- und Familienhilfe** werden an Bedeutung gewinnen und verdienen unsere Unterstützung. Wir wollen, dass der Landkreis in den nächsten fünf Jahren eine Qualitätsoffensive im Bereich der sozialen Dienstleistungen angeht und Verbesserungspotenziale identifiziert und realisiert. Nicht die Höhe der eingesetzten finanziellen Mittel, sondern vor allem die **Wirkung für die Betroffenen** muss oberste Priorität haben. Wir wollen einen regelmäßigen **Bericht über die Lage der sozial Benachteiligten** im Landkreis als Grundlage für weitere Planungen und Entscheidungen.

Um die Integration von **Asylbewerbern und Flüchtlingen** nicht weiter zu behindern, fordern wir vom Landrat eine Initiative an den Freistaat Thüringen zur Lockerung des Arbeitsverbots. Aufgrund eines erheblichen Investitionsbedarfes an der Gemeinschaftsunterkunft, möchten wir Asylbewerber **dezentral** in der Wartburgregion unterbringen und das **Asylbewerberheim Gerstungen mittelfristig schließen**. Gegen eine Miet- und Aufwandsentschädigung vom Landkreis könnten Asylbewerber in leerstehenden Wohnungen untergebracht werden. Mit diesem Vorschlag möchte die FDP für beide Seiten **Brücken bauen**, Vielfalt stärken und oberflächlichen Ressentiments entgegenwirken.

Durch die steigende Lebenserwartung kommen auf den Landkreis in Zukunft neue Herausforderungen zu. Das Netz an **Pflegeeinrichtungen** schafft eine solide Basis, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es muss alles getan werden, damit unsere älteren Bürgerinnen und Bürger solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. **Bürgerinitiativen, Vereine und Genossenschaften**, die sich für ein würdiges Leben im Alter einsetzen, müssen gefördert, das bürgerliche Engagement muss anerkannt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) im Wartburgkreis konnte in den Jobcentern deutliche Verbesserungen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen und anderen Gruppen mit besonderen Problemen erzielen. Allerdings können wir hier noch besser werden. Die FDP setzt sich dafür ein, Programme und Leistungen strikt an den Bedürfnissen und Gegebenheiten des regionalen Arbeitsmarktes zu orientieren und mit anderen sozialen Diensten optimal zu vernetzen.

Wir fordern:

- Qualitätsoffensive für soziale Dienste – Wirkung für Betroffene zählt
- Asylbewerberheim Gerstungen mittelfristig schließen, dezentrale Unterbringung in leerstehenden privaten Wohnungen gegen Miet- und Aufwandsentschädigung
- regelmäßiger Bericht über die Lage der sozial Benachteiligten im WAK
- Pflege vor Ort stärken – bürgerliches Engagement für würdiges Leben im Alter
- ARGE: Programme und Leistungen an regionale Gegebenheiten orientieren

Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes

Die Themen Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung stehen erstrangig im Programm der FDP-WAK. Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind Familien- und Bildungspolitik, Kultur und Sport sowie Umweltschutz im jetzigen Umfang realisierbar.

Im Wartburgkreis sind überregional bedeutsame Unternehmen eine wichtige Säule im Wertschöpfungsprozess. Der Motor des wirtschaftlichen Wachstums ist aber der Mittelstand. Viele kleine und mittlere Firmen, vor allem aus den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Werkzeug- und Formenbau, Kunststoffverarbeitung, Landwirtschaftstechnik, Automobilzulieferer, Bauwirtschaft sowie Lebens- und Genussmittelindustrie, stellen den überwiegenden Teil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Ähnliches gilt für Handwerksbetriebe, Handel, Dienstleistende und Freiberufler. Sie zu stärken ist eine wichtige Aufgabe. Wir fordern, dass Landkreis und Kommunen bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen diese in möglichst **kleine Lose** aufteilen, damit auch kleine Betriebe vor Ort die Chance haben, Aufträge zu erhalten. Alle diese Firmen, aber auch potenzielle Neuansiedlungen verdienen in jedem Einzelfall die direkte Unterstützung durch **unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren** sowie durch die Schaffung einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur. Förderprogramme sind zu optimieren und Hürden zu senken.

Unternehmer und Investoren benötigen einen kompetenten Ansprechpartner – gewissermaßen einen Mittelstandsservice. Finanzielle Belastungen, wie die Gewerbesteuer bzw. lokale Gebühren sollten gesenkt oder schrittweise abgebaut werden. Gewerbliche Betriebe in öffentlicher Hand haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie für die Daseinsfürsorge notwendig und in ihrer Aufgabenerfüllung besser sind, als privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Unbedingt notwendig ist es, unsere **Standortvorteile**, wie die Lage mitten in Deutschland und Europa, noch besser zu nutzen. Dies wird auch im Hinblick auf den neuen ICE-Knotenpunkt Erfurt an Bedeutung zunehmen. Eine wesentliche Voraussetzung für **Unternehmensneuansiedlungen** ist ein stärkeres Engagement der Kreisverwaltung. Die bereits vorhandenen **Netzwerke** sind konsequent zu stärken und auszubauen. Arbeitslose müssen gezielter qualifiziert werden und Jugendliche benötigen über die Berufsausbildung hinaus eine **Perspektive vor Ort**. Dafür müssen auch im Landkreis die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Wir fordern:

- schlanke Ausschreibungen mit kleinen Losgrößen
- unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren für Neuansiedlungen
- Optimierung von Förderprogrammen, Hürden senken
- Breitbandversorgung als Standortfaktor
- finanzielle Belastungen (Gewerbesteuer, Gebühren etc.) schrittweise abbauen
- Standortvorteile mitten in Europa nutzen und stärker nach Außen kommunizieren
- Unterstützung von Energiegenossenschaften für bezahlbare Energie
- Perspektive für Jugendliche vor Ort

Verkehr, Infrastruktur und Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)

Mobilität ist für unsere **ländliche Heimat** ein wichtiger Standortfaktor. Die FDP möchte sie auch für die Bürger kleiner Gemeinden zukünftig sicherstellen. Dem ÖPNV in der Wartburgregion fehlt eine **einfache Taktung**. Durch die großen Omnibusse kommt es oft zu Leerfahrten. Der tatsächliche Mobilitätsbedarf wird nicht abgedeckt und Ressourcen werden an der falschen Stelle verschwendet. Deshalb möchten wir die Fahrpläne mit „**Sammeltaxen**“ und „**Rufbussen**“ ergänzen und damit flächendeckende Mobilität sicherstellen. Zusätzlich befürworten wir ein Modellprojekt zur **Vernetzung des privaten PKW-Verkehrs** mit den Fahrplänen des ÖPNV. Mittelfristig kann die Attraktivität des ÖPNV durch eine **Anbindung an einen Verkehrsverbund** (z.B. als Westerweiterung des VMT) weiter gesteigert werden. Statt an bisherigen starren Regelungen festzuhalten, befürwortet die FDP-WAK innovative und flexible Konzepte, die sich **am Bedarf der Menschen orientieren**.

Die Landesstraßen im Wartburgkreis sind meist in einem eher schlechten Zustand. Eine Übertragung jener Landesstraßen an den Wartburgkreis sehen wir kritisch. Angesichts der angespannten Finanzsituation stimmen wir der Herabstufung zu Kreisstraßen nur zu, wenn vorher eine umfangreiche **Instandsetzung und Erneuerung** erfolgt.

Eine **direkte Einbindung von Bürgerinitiativen** ist für uns als Liberale unverzichtbar. Bei künftigen öffentlichen Bauprojekten muss eine effektive **Bürgerbeteiligung** schon in der Planungsphase beginnen. Für eine positive Entwicklung der nördlichen Wartburgregion fordern wir eine Ortsumgehung für Mihla. Die Trasse der L1016 ist eine wichtige Anbindung von der A4 zum Nordthüringer Raum und Mühlhausen. Einen Ausbau der L2113 zum Autobahnzubringer in Richtung Eisenach-Ost lehnen wir ab, um eine unzumutbare Verkehrssituation für Mihla, Lauterbach, Bischofroda und Berka v.d.H. zu verhindern.

Wir fordern:

- bei künftigen öffentlichen Bauprojekten Bürgerbeteiligung von Anfang an
- keine Kommunalisierung maroder Landesstraßen ohne Instandsetzung und Erneuerung durch den Freistaat
- Ausdünnung des „Schilderwaldes“ – allgemeine StVO-Regeln statt Überregulierung
- Errichtung notwendiger Ortsumgehungen und Entlastung der Ortskerne
- Einbindung von Fahrgemeinschaften in die Fahrpläne des ÖPNV
- Sammeltaxi und Rufbusse für bedarfsorientierte Mobilität statt Leerfahrten
- mittelfristig Anbindung der Wartburgregion an einen Verkehrsverbund (z.B. VMT)

Deshalb fordern wir von Land und Bund:

- verkehrsgerechte Ausbau der B19, B62 und B84
- Ausbau und Weiterentwicklung der L 1016 entsprechend des regionalen Bedarfs (insbesondere Lösung der Verkehrsproblematik in Mihla)
- verkehrsgerechte Ertüchtigung L2118 (Gollert), L2895 (Bad Salzungen – Möhra)
- kein Ausbau der L2113 von Berka v.d.H. nach Großenlupnitz zum Autobahnzubringer, um Ortslagen (Mihla bis Berka v.d.H.) nicht weiter zu belasten

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung - Maßnahmen gegen den Ärztemangel

Für uns Liberale stellt die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen Gesundheitsversorgung einen zentralen Baustein der Lebensqualität vor Ort dar. Daher wollen wir die Stärkung der kommunalen Verantwortung in diesem Bereich. So halten wir einerseits den flächendeckenden **Aufbau einer Hausarztförderung der Landkreise** für erforderlich. Die als koordinierende Stelle beim Landratsamt angesiedelten Förderstellen müssen im ambulanten Bereich bei der Aus- und Weiterbildung junger Ärzte intensiv mit den Akteuren vor Ort (Kliniken, MVZs und niedergelassene Ärzte) zusammenarbeiten. So kann es gelingen, Mediziner über Mentorenprogramme bereits in der Ausbildung in die Versorgungsstrukturen des Wartburgkreises einzubinden und ihnen das Rüstzeug zu geben, eine eigene Allgemeinarztpraxis zu führen.

Weiterhin gilt es, die medizinische Versorgung als einen weichen, aber entscheidenden Standortfaktor wahrzunehmen und anzuerkennen, dass nur dort, wo Menschen eine gute medizinische Betreuung vorfinden, sie dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt wählen werden. Nur dort, wo ausreichend Menschen wohnen, werden auch Unternehmen genügend Personal finden können. Eine gute medizinische Versorgung ist somit Standortfaktor für die Ansiedlung von jungen Familien und für den Verbleib älterer. Ohne wohnortnahe Versorgungsstrukturen sind Kommunen unattraktiv für potenzielle Bewohner. Daher halten wir die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur für eine der Hauptherausforderung im ländlichen Raum. Da Städte und Gemeinden durch die schlechte Finanzlage der öffentlichen Haushalte die Aufgabe nicht allein bewältigen können, muss das Land sicherstellen, **dass bestehende Fördermöglichkeiten und Programme für die kommunale Investition in den sozialen Bereich ausgebaut werden**. Hier sollen zukünftig Kommunen in die Lage versetzt werden, attraktive Infrastrukturen für Ärzte bereitzustellen (z.B. Praxen, Grundstücke usw.).

Abschließend wird die kommunale Verantwortung auch durch die Möglichkeit gestärkt, in begründeten Ausnahmefällen nunmehr **Eigeneinrichtungen zur unmittelbaren medizinischen Versorgung** der Versicherten zu betreiben. Die primär verantwortlichen Akteure sind und bleiben aber die Krankenversicherungen. Die Kommunen fungieren somit als Sicherheitsnetz für den Sonderfall und garantieren damit im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge Versorgungssicherheit.

Wir fordern:

- Aufbau einer Hausarztförderung durch den Wartburgkreis
- junge Ärzte anwerben durch Aus- und Weiterbildung + Mentorenprogramme
- medizinische Versorgung als Standortfaktor begreifen
- Fördermöglichkeiten und -programme ausbauen
- in Ausnahmefällen Eigeneinrichtungen zur medizinischen Versorgung

Bildung und Familie

Die Bildung der **Kinder und Jugendlichen** im Wartburgkreis nimmt für die FDP-WAK einen besonderen Stellenwert ein. Der Wartburgkreis kann keine direkte Schulpolitik betreiben, steht aber als **Träger** der öffentlichen Schulen in der Verantwortung, die räumlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Bildungsstätten zu schaffen. Um eine moderne und den Ansprüchen der Zeit gerecht werdende, aber auch **finanzierbare Ausstattung** der Schulen im Kreis zu gewährleisten, setzen wir uns für einen maßvollen Umgang mit den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln ein. Statt Neubau befürworten wir, auch im Blick auf die demografische Entwicklung der zukünftigen Schülergenerationen, den Erhalt des derzeitigen Baubestandes und eine Ausstattung der Unterrichtsräume, die auf die immer größer werdende Bedeutung der **modernen Medien** vorbereitet ist.

Als Liberale stehen wir für ein gegliedertes Schulsystem und gegen Einheitsschulen ein und stellen uns entschieden gegen politisch motivierte Umformung von Schulen gegen ihren Willen (Beispiel: geplante Schaffung einer Einheitsschule am Standort der Regelschule Bad Liebenstein). Jeder Schüler sollte die Schule besuchen, die seinen **Fähigkeiten und Begabungen** am ehesten gerecht wird – auch wenn diese nicht die zum Wohnort nächstgelegene ist. Hier soll der Landkreis stärker als bisher über das vielfältige Angebot im Kreis informieren. Für eine Stärkung der **Schulfreiheit** müssen die hohen bürokratischen Hürden in Bezug auf die Rückerstattung von **Schülerbeförderungskosten** gesenkt werden.

Gute Bildung der Jugendlichen verstehen wir auch als Kapital für eine gesunde Region in der Zukunft – gut ausgebildete Schulabgänger möchten wir im Wartburgkreis halten! Hier muss der Kreis in Kooperation mit ortsansässigen Unternehmen und Bildungseinrichtungen - bspw. auch der Berufsakademie (BA) Eisenach - vorhandenes Potenzial stärker nutzen und nach außen kommunizieren, beispielsweise durch Ausbildungsmessen.

Zur Attraktivität unserer Region gehört auch das Angebot für **junge Familien**. Wir möchten Familien, die sich für den **Wartburgkreis als Lebensmittelpunkt** entscheiden, bei der Bewältigung des Spagates zwischen Beruf und Privatem unterstützen. Die Probleme beginnen häufig schon bei der Suche des Kita-Platzes. Auch hier muss der Kreis den Betroffenen zur Seite stehen und über das, durch ein breites Netz an Kindertagesstätten bereits gegebene, Angebot zielgerichtet informieren – ein einfaches Instrument dazu wäre beispielsweise die Einrichtung einer kreisweiten „**Kita-Börse**“, die vernetzt über freie Betreuungsmöglichkeiten in unserer Region informiert.

Wir fordern:

- maß- und sinnvolle Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel
- eine moderne, mediengestützte Ausstattung der Schulen
- keine erzwungenen, politisch motivierten Schulumformungen
- die Unterstützung der Schulfreiheit durch den Kreis
- einfache Rückerstattung der Schülerbeförderungskosten
- Programme zur Bindung von jungen Menschen an unsere Region
- die Einrichtung einer „Kita-Börse“ zur besseren Vernetzung der Kinderbetreuungsangebote im Wartburgkreis

Ehrenamt

„Freiheit ist die Verantwortung des Erwachsenen“

(Joachim Gauck)

Wir sagen Danke zu allen ehrenamtlichen Helfern im Wartburgkreis. Das Ehrenamt ist Fundament einer freien Gesellschaft und muss weiter gestärkt werden. Viele Bereiche wären ohne die Leistungen ehrenamtlicher Helfer nicht mehr vorstellbar. Bürokratie und unnötige Kosten behindern jedoch viel zu oft privates Engagement. Dem gebieten nur Liberale Einhalt, indem sie dem Einzelnen wieder mehr Luft zum Atmen geben wollen. Deshalb möchten wir Verwaltungsgebühren für ehrenamtliche Zwecke abschaffen und die entsprechenden Ordnungen und Satzungen dementsprechend ändern.

Für eine bessere Wertschätzung des Ehrenamtes müssen Unternehmen zukünftig in eine **"Strategische Partnerschaft Ehrenamt"** einbezogen werden, da diese oftmals ehrenamtliche tätige Mitarbeiter freistellen müssen (z.B. Freiwillige Feuerwehr). Voraussetzung hierfür ist beiderseitiges Verständnis. Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Ehrenamt ist notwendig, damit das private Engagement der Mitarbeiter im Unternehmen stärker gewürdigt werden kann.

Egal ob bei der Feuerwehr, in Sportvereinen, Kirmesgesellschaften, Bürgerinitiativen, Stiftungen, Genossenschaften oder anderen Organisationen – ehrenamtliches Engagement stärkt den Zusammenhalt, ermöglicht eine Identifikation mit der Heimat und vermittelt wichtige Grundwerte. Wo immer Menschen in verantworteter Freiheit tätig werden, finden diese bei liberalen Politikern Partner.

Wir fordern:

- Gebührenfreiheit bei Verwaltungsvorgängen für ehrenamtliche Zwecke
- Unterstützung und Wertschätzung des Ehrenamtes
- Bürgern mehr Luft zum Atmen und für ehrenamtliche Initiative lassen
- Mitbestimmungsrechte, Bürokratieabbau und moderne Verwaltung als Dienstleister
- freiwillige Selbstorganisation fördern
- jährlich zusätzliche Pauschale von 15.000€ für die Kreisfeuerwehrverbände, zur unbürokratischen Nachwuchsförderung und für Feuerwehrführerscheine etc.

Kultur und Sport - Grundlage geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit

Kultur und Sport machen den Wartburgkreis für die Menschen lebens- und liebenswert. Ein attraktives Kulturangebot prägt die örtliche Darstellung und zieht Menschen an. Kultur trägt zur **Bildung** bei und **kulturelle Vielfalt** zu **Identität** und Identifikation. Sie ist wie der Sport wesentlicher Bestandteil der **Freizeitgestaltung**. Vereins- und Freizeitsport stärken die Gesundheit, fördern den Gemeinsinn und tragen zur **Persönlichkeitsbildung** bei.

Die Initiative der FDP/Liste Alternative Demokratie (LAD)-Abgeordnetengruppe im Kreistag (2009-2014) zur Ausrichtung eines „**Kulturellen Forums**“ zur Vernetzung der verschiedenen Angebote in der Wartburgregion möchten wir im künftigen Kreistag in die Realität umsetzen.

Viele Projekte und Einrichtungen finden Anerkennung über die Grenzen der eigenen Gemeinde oder Stadt und über den Wartburgkreis hinaus. Wir achten auch zukünftig darauf, dass Kultur- und Sportangebote auch in Zeiten knapper Kassen nicht in Frage gestellt werden. Darüber hinaus verstehen wir regionale Kulturerhaltung und Brauchtumpflege als wichtige „weiche Faktoren“ für Wohn- und Standortentscheidungen. Wir sehen die Hilfestellung des Kreises in Angelegenheiten des Sports als Investition in die Gesundheit und damit in ein elementares Bedürfnis aller Menschen. Wir verstehen die Hilfestellung des Kreises für differenzierte Sportangebote im Breitensport auch zur Gesundheitsförderung, Fitness und Prävention in einer älter werdenden Gesellschaft.

Wir fordern:

- kulturelles und sportliches Engagement durch den Kreis zu fördern
- Kunst und Kultur zu schützen und zu erhalten
- ein „Kulturelles Forum“ im Kreis zu etablieren (Theater, Museen, Bibliotheken etc.)
- Bürgerbefragungen statt Standortentscheidungen von „oben“
- die vielfältigen kulturellen Aktivitäten der Menschen besser zu vernetzen (Synergien nutzen im professionellen und Amateurbereich)
- Bibliotheken als Kultur- und Bildungseinrichtung mit den höchsten Besucherzahlen finanziell und personell angemessen auszustatten

Bürgerrechte und transparente Verwaltung

Unsere freiheitliche Gesellschaft wurde durch zahlreiche Abhörskandale und ungesichert verwahrte Aktenarchive auch in unserer Region erschüttert. Als traditionelle Bürgerrechtler widersprechen wir einem Generalverdacht gegen alle Bürger und fordern auch auf kommunaler Ebene mehr Sensibilität für **Datenschutz** und **Bürgerbeteiligung**.

Durch eine neue **Mitmachmentalität** können wir die Identität des Landkreises stärken. Richtungsentscheidungen dürfen künftig nicht mehr in Hinterzimmern entschieden werden. Zukunftsfähige Strukturen können nur auf freiwilliger Basis und von unten entstehen.

Mittels Bürgerfragestunden im Kreistag können wir einen direkten Draht zum Landkreis herstellen. Zur Verbesserung der Transparenz ist darüber hinaus eine **Livestream-Übertragungen** öffentlicher Kreistagssitzungen und Ausschüsse unabdingbar. Das Internetangebot des Wartburgkreises sollte zu einer interaktiven Dialog- und Informationsplattform weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang hat für den ländlichen Wartburgkreis ein effizientes **E-Government** (elektronische Verwaltung) hohe Priorität, um unnötige Wege und Zeit bei Verwaltungsvorgängen einzusparen. Dies bedeutet nicht nur das bloße Bereitstellen von Formularvordrucken. Wir möchten den Wartburgkreis mit **Bürgerterminals** zu einem Vorreiter in Sachen Bürgernähe und schlanke Verwaltung machen. Durch eine weitgehende Rückgabe von **Eigenverantwortung** in Verwaltungsverfahren an den Bürger (Kunden) schafft man auch mehr nutzbare Ressourcen bei Verwaltungspersonal und -infrastruktur.

Dienstleistungsunternehmen am Markt werden u.a. an ihren **Qualitätsstandards** gemessen und grenzen sich damit auch von ihren Konkurrenten ab. Eine solche Qualitätsmessung ist auch in Bereichen der öffentlichen Verwaltung erforderlich und umsetzbar.

Wir fordern:

- eine neue Mitmachmentalität durch mehr Bürgerbeteiligung und Datenschutz
- Livestream-Übertragung der öffentlichen Kreistags- und Ausschusssitzungen
- Bürgerfragestunden im Kreistag
- Informationsfreiheitssatzung für den Wartburgkreis
- Verwaltung als Dienstleister am Bürger – effiziente Verwaltungsstrukturen und Messung an Qualitätsstandards entsprechender Dienstleistungsunternehmen
- Ausbau des E-Governments
- Bürgerterminals im Kreisgebiet mit Kamera, Scanner und Drucker als virtueller Zugang zur Verwaltung

Umwelt, Heimat und Tourismus

Die Wartburgregion verfügt mit dem Weltnaturerbe **Nationalpark Hainich**, dem **Thüringer Wald**, dem **Werratal**, der **Thüringischen Rhön** und dem Weltkulturerbe „Wartburg“ über eine einmalige Landschaft mit enormer Vielfalt. Des Weiteren bietet der Wartburgkreis eine Vielzahl touristischer und kultureller Angebote. Dieses Potenzial ist weiter zu nutzen und auszubauen.

Moderne Wirtschaftspolitik kann deshalb nicht gegen die Umwelt, sondern nur in einem vernünftigen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie erfolgen. Die Liberalen im Wartburgkreis unterstützen die Ziele der Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA) seit ihrer Gründung. Unser ambitioniertes Ziel lautet **Schluss mit der Werraversalzung** und langfristig die Wiederherstellung der Werra als „Süßwasserfluss“.

Unsere Kulturlandschaften und Ortsbilder dürfen nicht durch den maßlosen Ausbau von Imagetechnologien, wie Solar- und Windkraft, verschandelt werden. Um der Fehlsteuerung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Einhalt zu gebieten, möchten wir die Ausweisung neuer Vorrangflächen für Solar- und Windparks begrenzen. Ein wirkungsvoller Schutz des Wohnumfeldes, der Kulturdenkmäler, der Landschaft sowie der Flora und Fauna ist wichtiger als das Gewinnstreben mittels EEG. Für uns gilt der Grundsatz: Menschen- und Umweltschutz vor Ökohysterie.

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für hohe Lebensqualität und touristische Attraktivität in unserer Heimat. Die Forstwirtschaft trägt auch für die Attraktivität unserer Wälder mit Rad- und Wanderwegen Verantwortung. Viele Gemeinden der Region sind alleine finanziell nicht leistungsstark genug, um auf ihr touristisches Potenzial hinzuweisen oder ein eigenes touristisches Marketing aufzubauen. Die touristische Vermarktung in der Region ist deshalb weiter zu vernetzen. Tourismusmarketing sollte gemeinsam und nicht gegeneinander erfolgen. Ziel muss es sein, mehr Touristen für unsere Region zu begeistern und sie möglichst lange in unserer Region zu halten.

Wir fordern:

- Schutz von Kulturlandschaften und historischer Ortslagen - Begrenzung des Ausbaus von Windrädern und Solarparks
- Landwirtschaft als Landschaftspflege - bodenschonende Technologien, Verknüpfung von Waldflächen mit Grünflächen als Brücken für unsere Fauna und Flora
- effektiven Hochwasserschutz: Schaffung weiterer Ausuferungsflächen an Gewässern; intakter Wald, Acker und Wiesen als Wasserrückhalte
- das Langfristziel „Süßwasserfluss“ Werra - Schluss mit der Werraversalzung
- Schutz des Wasserkreislaufes und Stopp der Laugenversenkung
- Tourismusmarketing miteinander statt gegeneinander, um Besucher länger in der Wartburgregion zu halten
- Ausbau und Vernetzung von sicheren Radwegen und Einbindung in Tourismuskonzepte, überregionale/internationale Vermarktung
- bessere Vernetzung der Angebote – auch digital
- Abschaffung von Bagatellsteuern (Bettensteuer etc.)

Causa Eisenach – unbedingte Bürgerbeteiligung

Eine nachhaltige Entwicklung der Wartburgregion geht nicht isoliert von Eisenach. Wir stehen einer Rückkreisung Eisenachs offen gegenüber, fordern aber einen transparenten Prozess und einen überschaubaren Zeitraum anstatt verwaltungsinterner Hinterzimmer-taktik. Die Bürger des gesamten Wartburgkreises müssen mitgenommen werden, um die künftige Akzeptanz des Vorhabens nicht aufs Spiel zu setzen.

In der Vergangenheit wurde im Wartburgkreis für die soliden Finanzen an vielen Stellen Verzicht geübt. Bei einem künftigen Beitritt Eisenachs zum Landkreis spielen für uns daher die Konditionen eine entscheidende Rolle. Es wäre unfair, alle Einwohner des Wartburgkreises für den Schuldenberg Eisenachs zur Kasse zu bitten. Unabhängig von einer Einkreisung muss Eisenach seine Verwaltungsstruktur effizienter gestalten. Dazu wurden bisher leider viele Chancen vertan und wenig Gestaltungswille gezeigt. Schon während des Verhandlungszeitraums sollten im Rahmen der freiwilligen interkommunalen Zusammenarbeit weitgehende Kooperationen erzielt werden.

Ansprüche der Eisenacher Oberbürgermeisterin auf die Eingemeindung Krauthausens oder anderer Gemeinden lehnen wir entschieden ab. Jede Gemeinde soll selbstbestimmt über ihre Zukunft und Zugehörigkeit entscheiden.

Folgende Punkte sind für einen transparenten und bürgernahen Prozess unabdingbar:

1. transparente und öffentliche Verhandlungen über den Kreisbeitritt Eisenachs
2. Beteiligung von Vereinen, Verbänden, Wirtschafts- und Sozialpartnern
3. Eisenach muss unabhängig vom Kreisbeitritt die eigenen Verwaltungsstrukturen effizienter gestalten und darf nicht am Status quo festhalten – keine Tabus
4. mehrere Bürgerforen des Landkreises im gesamten Kreisgebiet zur Vorstellung und Diskussion des Verhandlungsergebnisses zum Kreisbeitritt Eisenachs
5. Bürgerbefragung über das Verhandlungsergebnis zur Einkreisung Eisenachs
6. jede Gemeinde entscheidet selbstbestimmt über ihre Zukunft und Zugehörigkeit, keine Gebietsansprüche Eisenachs auf umliegende Gemeinden